

werden, der sich bemüht, ein „Kind des Lichtes“ zu werden, der ernstlich ringt um die „Wiedergeburt“, die große Neugeburt des Herzens, dessen innerstes Wollen und Streben jenem Hochziel gilt, das der Apostel vor uns aufleuchten läßt: „Ist jemand in Christus, so ist er eine neue Kreatur; das Alte ist vergangen, siehe, es ist alles neu geworden.“

Wiedergeborene leben anders als andere! Ihr Leben steht im Zeichen jener strahlenden Verheißungen, die Jesus an die Spitze seiner Bergpredigt stellt: „Heil den Armen (im Geiste)! Heil den Hungernden und Dürstenden (nach Gerechtigkeit)! Heil den Barmherzigen! Heil den Herzensreinen! Heil den Friedfertigen, den Friedensstiftern!“

Gerade dieser letzte Heilruf gilt uns Heutigen, weil er gewissermaßen unmittelbar in die gegenwärtige Stunde hineingesprochen ist, an deren Horizont die Gespenster eines neuen Krieges geistern. Wer im Glanze der „vita nuova“ steht, wer jenen Frieden im Herzen trägt, den die Welt nicht zu geben, aber auch nicht zu nehmen vermag, kann nicht anders, als sich mit seinem ganzen Sein einzusetzen für die Befriedung der Welt, mitten im Waffenlärm der Stunde das Panier des Friedens emporzuheben und hochzuhalten.

Das ist kein weltfremder Idealismus, sondern stärkster Realismus. Wenn nach der Überzeugung der heutigen Atomforscher ein neuer Krieg „Selbstmord der Menschheit“ bedeutet, dann ist evident, daß der Christ zur Kriegsdienstverweigerung verpflichtet ist. Denn an einem Selbstmord der Menschheit darf der Jünger Christi sich unter gar keinen Umständen beteiligen.

Aber, so wird man mir antworten, sollen wir uns denn im Kriegsfall unseren Feinden einfach preisgeben? Sollen wir uns von ihnen widerstandslos überfallen lassen? Darauf erwidere ich: Ich glaube nicht an einen solchen Überfall. Sonst wären wir längst überfallen worden. Der beste Schutz gegen einen europäischen Krieg sind nicht Divisionen, Atom- und Raketenwaffen, Giftgase und Bakterienbomben. Wirksameren Schutz bietet völkerversöhnende Verständigung der Abermillionen friedensverlangenden Menschenherzen über alle politischen und ideologischen Grenzen hinweg. Hier vermag das deutsche Volk vieles zu leisten, auch als Sühne für grauenhafte Verbrechen, die zwölf Jahre lang von ihm begangen worden sind und durch die es eine unermeßliche Schuld auf sich geladen hat.

Ich bin mir bewußt, daß ich damit den Widerspruch all derer erzeuge, die die Dinge nur von der politischen Ebene zu sehen und nur in militärpolitischen Kategorien zu denken vermögen. In ein solches Denken geht jener Gedanke einfach nicht ein. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß er für ein e t h i s c h e s, zumal für ein vom christlichen Ethos bestimmtes Denken ein unabweisbarer Gedanke ist.

Im übrigen sollten wir uns als Christen im Angesichte dunkler und drohender Zukunftsmöglichkeiten auf unseren Glauben besinnen, daß Gott im Regimente der Welt sitzt. Es ist der Glaube, den auch das „Weltkind“ Goethe in sich getragen und in den schönen Versen zum Ausdruck gebracht hat:

„Gottes ist der Orient,
Gottes ist der Okzident,
Nord und westliches Gelände
Ruhn im Frieden seiner Hände.“

Dr. Hermann Rauschnig, Senatspräsident a. D.

Außenpolitik und öffentliche Meinung in den USA

Während in der Bundesrepublik die Notwendigkeit erörtert wird, zu einer Art „Kabinettspolitik“ zurückzukehren, um die Außenpolitik von der Beeinflussung durch „die Straße“ freihalten zu können, haben in den Vereinigten Staaten eben diese gleichen Elemente, die häufig etwas zu geringschätzig mit jenem Ausdruck bezeichnet werden, den Beweis ihrer Einsicht und Reife des Urteils über die Außenpolitik geliefert. Es sind der Ausgang der Wahlen und die Haltung des amerikanischen Volkes angesichts der Doppelkrise in Ägypten und in Europa, die dies bestätigen. Bei den Wahlen haben sich diejenigen geirrt, die der Meinung waren, der amerikanische Durchschnittsbürger habe weder Verständnis für Außenpolitik, noch sei er überhaupt an „Problemen“ interessiert

so daß die Außenpolitik bei der Wahl des Präsidenten keine Rolle spielen würde. In Wirklichkeit ist die Außenpolitik bei dem Ausgang der Wahlen der entscheidende Faktor gewesen. In überraschender Weise hat das amerikanische Volk in der gegenwärtigen Krise dem Vorrang der Außenpolitik vor den Innenproblemen Rechnung getragen und Präsident wie Kongreß die Legitimation zu einer klaren und gradlinigen Friedenspolitik gegeben. Die Erkenntnis des Vorranges der Außenpolitik vor innenpolitischen Problemen ist das sichere Zeichen eines gereiften politischen Urteilsvermögens, das nicht vielen Nationen zu Gebote steht. Es ist bei dem amerikanischen Volk um so bemerkenswerter, als die Notwendigkeit einer klar artikulierten Außenpolitik für die Nation erst sehr neuen Datums ist, weil Monroe-Doktrin und George Washingtons „farewell address“ bis in das 20. Jahrhundert hinein als Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik ausreichten.

Im Auslande wird man geneigt sein, den tiefen Eindruck, den die englisch-französische Aktion in Ägypten auf den Amerikaner gemacht hat, in seinen Wirkungen zu unterschätzen, weil im Gegensatz zu früheren Ereignissen sich keinerlei Züge einer Art Hysterie geltend machten. Es fielen vielmehr die disziplinierte Ruhe und eine gewisse bittere Entschlossenheit auf, mit der der amerikanische Bürger seiner Konsternation darüber Ausdruck gab, daß die verlässlichsten Bundesgenossen politisch eigene Wege gingen und damit nicht nur das politische Schlichtungsorgan der Vereinten Nationen umgingen; sondern auch das eigene Bündnissystem des Westens in Frage stellten. Die Größe des Schocks wird nicht aus den immerhin gemäßigten Äußerungen der Presse ersichtlich. Man muß die Gespräche im Bus, in den Büros, auf den Arbeitsplätzen heranziehen, um das Ausmaß der Enttäuschung des Durchschnittsamerikaners richtig zu wägen. Was besonders erbitterte, war die Anwendung von Gewalt zur Lösung politischer Probleme gerade durch die Mächte, die eine solche Politik am schärfsten bei anderen Nationen verurteilt hatten, und die durch ihre eigene gefährdete Lage am ehesten darüber hätten unterrichtet sein sollen, daß in der gegenwärtigen Weltsituation der Versuch gewaltsamer Lösungen die unmittelbare Gefahr eines Atomweltkrieges heraufbeschwört. Man empfand den Rückfall in eine nackte Machtpolitik, auch wenn sie als Polizeiaktion frisiert war, als einen persönlichen Affront und bemängelte die Unfairneß, den Bundesgenossen nicht vorher informiert zu haben, und das fadenscheinige politische Gewebe, das die Aktion legitimieren sollte, als unwürdig. Ein nicht genanntes Mitglied im Eisenhower-Kabinett nannte die Aktion das schwärzeste Unternehmen in den vergangenen hundert Jahren der englischen Geschichte. Was sich bei dieser allgemeinen Reaktion als ein Positivum heraushebt, ist die Überzeugung der breiten Massen des amerikanischen Volkes, daß die großen Probleme des West/Ost-Konflikts nicht mehr durch Gewalt, welcher Art auch immer, zu lösen seien, eine Einsicht, mit der der amerikanische „Mann von der Straße“ vielen professionellen Politikern überlegen ist.

Die Unruhen in Polen und Ungarn traten demgegenüber zunächst in den Hintergrund. Man unterließ es, ursächliche Zusammenhänge zwischen ihnen und dem Wagnis in Ägypten zu suchen. Dagegen wurde mit Erbitterung ein Zusammenhang der gewaltsamen Unterdrückung des Aufstandes in Ungarn, nachdem zuvor die Hauptforderungen bewilligt worden waren, mit den Ereignissen in Ägypten festgestellt. Dasselbe ungenannte Kabinettsmitglied betonte ihn; ob zu recht oder unrecht, sei dahingestellt. Der Mann auf der Straße urteilte jedenfalls: was die eine Macht sich als recht zuspreche, müsse der anderen billig sein. Die Sympathie der öffentlichen Meinung war dabei auf Seiten der Aufständischen. Die Enttäuschung über die gewaltsame Niederwerfung des Aufstandes hat dann die Ereignisse in Ägypten in den Hintergrund gedrängt; man konnte vielfach die Meinungen hören, daß die regierenden Männer der Sowjetunion eine große Gelegenheit, das Vertrauen in ihren Friedenswillen zu stärken, versäumt und statt dessen die Gesamtlage auf das Stadium vor der vorjährigen Gipfelkonferenz zurückgeworfen hätten. Allerdings konnte man auch die Meinung vertreten hören, daß die Männer im Kreml vor dem schwierigen Dilemma standen, entweder zu den Methoden des eben erst liquidierten Stalinismus zurückzukehren oder eine revolutionäre Bewegung in allen ehemaligen Randstaaten einschließlich der baltischen Länder zu gewärtigen. Es sind Pressestimmen laut geworden, die von der offensichtlichen Schwäche des bolschewistischen Systems sprachen und zu einer Wiederaufnahme der Politik der „Rückrollung“ der sowjetischen Machtsphäre aufforderten, die im vorigen Jahre in der Genfer Konferenz endgültig aufgegeben zu sein schien. Bei aller Sympathie des Mannes auf der Straße für die Freiheit der Nationen, die zwischen Sowjetrußland und den westeuropäischen Staaten liegen, sagt sein

common sense ihm jedoch, daß auch bei der Lösung des Problems der außenpolitischen Stellung und der Entscheidung über die eigene innere Ordnung dieser Nationen Gewalt kein Mittel sein könne, auch kein gewaltsamer Befreiungsversuch.

Maß und Reife der außenpolitischen Beurteilung durch die öffentliche Meinung zeigen sich deutlich in den Wahlergebnissen. Man hätte annehmen können, daß in den zutage getretenen Krisen ein Scheitern der Friedenspolitik des Präsidenten erblickt werden würde, und daß sich der Zweifel an der Richtigkeit der Eisenhower'schen Außenpolitik in einem Stimmenverlust bemerkbar machen werde. Genau das Gegenteil trat ein. Die beiden Krisen, die das amerikanische Volk im Wahlkampf gleichsam überrumpelten, trugen ganz wesentlich dazu bei, dem Präsidenten in einem fast beispiellosen „Erdrutsch“ ein überwältigendes Vertrauensvotum, auch gegen schwerwiegende innenpolitische Interessen, zu geben. Die öffentliche Meinung stellte dabei nicht die Frage, die zeitweise der Gegenkandidat Stevenson in den Wahlkampf hineinbringen wollte, ob die Friedenspolitik des Präsidenten die gegenwärtigen Krisen mit heraufbeschworen hatte, weil sie nicht folgerichtig durchgeführt worden, sondern im ersten Schritt gleichsam stecken geblieben war. Sie blieb vielmehr bei der Hauptentscheidung, die sich bisher weder die eigene Nation noch die Verbündeten in ihrer ganzen Folgeschwere zu eigen gemacht haben: die Entscheidung gegen jede Anwendung von Gewalt bei der Lösung der Friedensprobleme. Die Fernsehrede des Präsidenten am 1. November mit der entschlossenen Stellungnahme gegen Gewalt und für Recht und Frieden, und somit gegen das Vorgehen Englands und Frankreichs, war entscheidend. Die öffentliche Meinung stellte sich in überwältigender Mehrheit hinter das Bekenntnis des Präsidenten, daß Gewaltanwendung „kein weises und angemessenes Mittel der Politik“ sei. Die öffentliche Meinung sieht in Eisenhower den „General, der für den Frieden kämpft“, den militärischen Fachmann, der neben seiner Autorität als Präsident auch die militärische Autorität besitzt, den fachmännischen Rat seines Vereinigten Generalstabes verwerfen zu können, was kein anderer Präsident vermöchte. Sie sieht in ihm den Garanten einer Politik, die erst dann zu militärischen Lösungen ihre Zuflucht nehmen würde, wenn alle politischen Mittel erschöpft sind und eine bewaffnete Verteidigung selbst unter Gefahr möglicher Vernichtung unvermeidlich wird. Dabei ist die Erinnerung an die Liquidierung des Koreakrieges, die Weigerung zu präventiver militärischer Aktion in Asien und der unkonventionelle Appell Eisenhowers an den guten Willen der Russen in Genf von Gewicht.

Das Vertrauensvotum ist ein rein persönliches, es gilt nicht der Republikanischen Partei. Es gilt der in seiner schlichten Offenheit und Geradheit vorbildlichen Persönlichkeit des Präsidenten, der politische Tricks und Raffiniertheiten verschmätzt und wie keiner sonst von der Überzeugung geleitet ist, daß in der gegenwärtigen verzweifelten Lage nichts anderes mehr retten kann als eine einfache Anständigkeit, die meint, was sie sagt, und sagt, was sie meint, weil es die einzige Möglichkeit ist, wieder Vertrauen zu stiften. Das ist es, was die öffentliche Meinung der USA an der Persönlichkeit des Präsidenten am höchsten bewertet, nicht die einzelne Leistung und deren Erfolg. Und bei dieser Bewertung ist nichts von persönlicher Magie oder einem Charisma des modernen Massenführers mit im Spiel. Es ist ein klares, rationales Urteil, das sich hier ausprägt. Bezeichnenderweise hat Eisenhower keinem anderen Politiker bei der Wahl dadurch geholfen, daß die Kandidaten sich an seine Rockschoße klammerten. Auch der Sieg der Demokraten, die in beiden Häusern eine wenn auch geringe Mehrheit haben, konnte durch das persönliche Gründe, die sich hinter diesem Resultat abheben; auch hier sprechen außenpolitische Gründe, die sich hinter diesem Resultat abheben, auch hier sprechen außenpolitische Überlegungen mit, vor allem gegen den rechten Flügel der Republikanischen Partei, der — zusammen mit den vereinigten Waffenstäben — eine schärfere Politik mit einkalkuliertem Risiko einer Friedenspolitik vorzieht, die sich in wenigen Jahren einer noch schwierigeren Gesamtlage gegenübersehen könnte.

Dieser flüchtigen Umrißzeichnung darf der Zug nicht fehlen, daß es für den Friedenswillen der amerikanischen öffentlichen Meinung und für das Bekenntnis zu einer Politik der Gewaltlosigkeit Grenzen gibt. Sie mögen nicht klar dort liegen, wo die außenpolitischen Experten oder die militärische Strategie sie ziehen. Die öffentliche Meinung mißt nicht territorialen Grenzen des Einflusses oder der Sicherheit entscheidende Bedeutung bei. Man wird vielmehr umgekehrt sagen müssen, daß unter Umständen die Widerstandsbereitschaft der Nation sich an keine Grenzen gebunden weiß, wenn es um gewisse Imponderabilien geht. Entscheidend für die Friedenswilligkeit oder militärische

Einsatzbereitschaft ist der Glaube an die Realität gewisser geistiger und moralischer Werte. Für den zynisch gewordenen Europäer mag die Unerschütterlichkeit der Überzeugung, daß Ordnungen, die ausschließlich auf Gewalt gegründet sind, auf die Dauer nicht lebensfähig sein können, einen Anhauch von Naivität haben. Aber dieser Glaube ist selbst ein Faktor der Realität, wie unreal er manchem Beurteiler erscheinen mag, und mit ihm haben die übrigen Nationen als mit einem politischen Faktor zu rechnen. Gerade das unterlassen zu haben, ist der schwer wieder gutzumachende psychologische Fehler Englands und Frankreichs. Jene Überzeugung steht hinter der Ablehnung jeder Art von Kolonialismus. Ein Rückfall in eine neue Art von Isolationismus ist dabei ausgeschlossen, auch wenn in näherer oder fernerer Zukunft die militärischen Verteidigungslinien in anderen Kontinenten zurückverlegt werden sollten. Denn vor allem hat die öffentliche Meinung in diesen Nachkriegsjahren begriffen: was in irgendeiner Nation auf dem Erdenrund vor sich geht, ist von Einfluß auf jede andere, und eine isolierte Nationalpolitik kann es auch für die größten Nationen nicht mehr geben. Aus dieser Einsicht heraus billigt die amerikanische öffentliche Meinung die Einflußnahme der amerikanischen Regierung auf die gesamte Weltentwicklung, ohne dabei kolonialistische Ziele zu verfolgen. Daher gibt es im Grunde keine Grenzen für die Verteidigungsbereitschaft Amerikas, sofern das Lebensinteresse an der Aufrechterhaltung und Verbesserung eines allgemeinen Friedenszustandes in Frage gestellt wird. Ist dieses Lebensinteresse ernstlich gefährdet, wird die öffentliche Meinung, an welcher Grenze auch immer, selbst die Anwendung von Mitteln der Gewalt in der Verteidigung gutheißen.

Die Erörterung der englisch-französischen Aktion in Ägypten ist gegenüber der der Lage in den ost-zentraleuropäischen Ländern in den Hintergrund getreten. Zeitungen und Zeitschriften beschäftigen sich vorwiegend mit den Folgen der Aufstände für die Gesamtentwicklung, wobei vielfach die alte Neigung zutage tritt, die Kräfte der Sowjetunion zu unterschätzen, die Folgen aber zu überschätzen. Selbst ein so vorsichtiger Sachkenner wie George F. Kennan äußerte kürzlich in einem Interview die Meinung, daß die Welt an einem politischen Wendepunkt angelangt sei und daß die Aufstände in der Randzone des sowjetischen Machtbereiches sich auch auf die Verhältnisse in Rußland selbst auswirken müßten. Der Stalinismus könne nicht wieder eingeführt werden, weder in den Randstaaten noch in Rußland selbst. Entscheidend sei, daß das Moskauer Monopol der Kontrolle über den internationalen Kommunismus nunmehr definitiv verloren gegangen sei, das schon durch Tito und das kommunistische, aber eigenständige Regime in China ins Wanken gekommen war. Kennan fügt jedoch eine Warnung vor gewaltsamen Aufständen als Mittel zur Beschleunigung einer inneren Evolution hinzu, anstatt die allmähliche Änderung einer — wie er es nennt — „Erosion des Despotismus“ zu überlassen. Die Sowjetführer könnten durch „unweise Handlungen des Westens“ zu extremen Maßnahmen verführt werden. Es würde für Moskau schwierig sein, unter den gegenwärtigen Umständen die Okkupationstruppen zurückzuziehen. Aber Kennan verliert kein Wort über das Thema, das in deutschen Zeitungen wortreich behandelt worden ist und zu den Schlußforderungen von „Türen zuschlagen“ und „Ende der Entspannung“ führte. Man darf sich vielmehr von dieser Verlagerung der öffentlichen Diskussion von den kleinasiatischen zu den europäischen Problemen nicht darüber täuschen lassen, daß es der eigenwillige politische Schritt Englands und Frankreichs ist, der einen nachhaltigen Einfluß auf die Politik der Vereinigten Staaten haben wird, und zwar in dem Sinne, daß er sie von einer bisher geübten Rücksichtnahme befreit, die die politische Grundlinie mehr als einmal stark verbogen hat. Man kann damit rechnen, daß die amerikanische Politik fortan mit größerer Folgerichtigkeit ihre eigentlichen Ziele verfolgen und die dafür geeigneten Mittel klären wird.

Die öffentliche Meinung Amerikas verlangt und legitimiert eine Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik des Präsidenten. Das ist das klare Fazit der letzten Wochen während und nach der Wahl. Es ist somit das Gegenteil von einem „Zuschlagen der Türen“ und einem Wiederbeginn des Kalten Krieges. Aber diese Politik bedarf der Weiterentwicklung. Gerade die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, daß eine Entspannung mit dem bisherigen prekären status quo anté als Ausgangspunkt nicht erreicht werden kann, sondern daß eine solche von einem neuen, politisch erst zu schaffenden Ansatz begonnen werden muß. Der gegenwärtige Zustand ist kein Gleichgewicht, das vertraglich gesichert werden könnte, sondern bestenfalls die Erstarrung einer Kampffront. Die Gefahren dieses status quo haben sich auf beiden Seiten des großen Weltgrabens durch die jüngsten

Krisen erwiesen. Die Situation kann den politischen Führern jederzeit aus den Händen gleiten. Die größte Kriegsgefahr ist nicht die Angriffsabsicht der einen oder der anderen Seite, sondern das Hineinschliddern in Situationen, die automatisch zum Atomkrieg führen. Die Vorstellung von begrenzten Kriegen mit konventionellen Waffen hat sich als eine Illusion erwiesen; in jeder größeren Krise gerät die Entwicklung vielmehr sofort an die Schwelle eines totalen Krieges. Deshalb ist eine neue außenpolitische Konzeption als Grundlage einer dauerhaften Entspannung notwendig. Eine solche ist bereits vor Jahren von jüngeren Kräften des State Department empfohlen, von der politischen Führung aber bisher zurückgehalten worden, weil ihr Risiko zu groß und die Bereitwilligkeit der öffentlichen Meinung zum Mitgehen nicht gesichert erschienen. Nunmehr scheint jedoch mit dem Mandat der weit überwiegenden Majorität der amerikanischen Bürger diese Konzeption durchführbar, sofern Sowjetrußland ebenfalls die Notwendigkeit einer gründlichen Revision für die eigene Sicherung anerkennt und seinerseits zum Entgegenkommen bereit ist. In welchen Linien eine solche neue Konzeption Gestalt gewinnen könnte, läßt sich mit ein paar Worten dahingehend charakterisieren, daß die Vereinigten Staaten darauf verzichten, Deutschland und die bisher unter der Direktive der Sowjets stehenden ost-zentraleuropäischen Staaten in die eigene Sicherungszone einzubeziehen; stattdessen sollte ein größeres Europa als ein selbständiger politischer Faktor in einem gemeinsamen Sicherheitssystem gebildet werden, wobei eine Rückverlegung der eigenen Sicherungszone in Europa möglich würde. (Es ist die Konzeption, für die der Verfasser während seiner Deutschlandreise 1954/55 in Wort und Schrift Verständnis zu wecken versucht hat, und die die einzig mögliche Lösung des Wiedervereinigungsproblems in Frieden und Freiheit bietet, wobei damals der vergleichsweise leichteste Beginn die deutsche Wiedervereinigung gewesen wäre.)

Einer solchen friedlichen Lösung steht nichts mehr im Wege als neue unbesonnene, wenn auch noch so heroische Gewaltakte nach dem Muster der Freiheitskämpfe im 18. und 19. Jahrhundert. Auch in der Lösung der europäischen Probleme ist nichts weniger angebracht als eine Politik der Gewalt. Die öffentliche Meinung Amerikas und der common sense des Durchschnittsamerikaners geben sich darüber voll Rechnung. Jedoch besteht die Gefahr, daß eine verhetzende Propaganda die zur Zeit vorherrschende Besonnenheit zerstört. Vorläufig ist für solche verantwortungslosen Äußerungen, wie sie sich der bundesrepublikanische Abgeordnete Prinz zu Löwenstein geleistet hat, in Amerika nur vereinzelte Sympathie vorhanden. Das deutsche Problem kann zwar durch einen gewaltlosen Aufstand der deutschen Sowjetzone gegenstandslos gemacht, aber nicht gelöst werden. Die öffentliche Meinung Amerikas ist mehr denn je zu einer Verständigung mit Sowjetrußland bereit, wenn die Bereitschaft für eine solche dort ebenfalls vorhanden ist. Sie wäre ohne die Gewaltmaßnahmen in der Wiederherstellung der russischen Kontrolle über Ungarn leichter gewesen, doch verkennt man vielfach nicht das Dilemma, in dem sich die russische Führung befand. Ein Nachgeben, das einer Kapitulation vor dem Aufstand gleichgekommen wäre, hätte als Schwäche Rußlands aufgefaßt werden müssen und, wie die Äußerungen des aus Ungarn zurückgekehrten Abgeordneten v. Löwenstein beweisen, zu unabsehbaren Gewaltaktionen geführt, aus denen nichts anderes als ein allgemeiner Krieg hätte entstehen können.

Es ist notwendig, über die unvermeidlichen Rückschläge der Entspannungspolitik hinwegzukommen und die Linien der Politik gerader und klarer zu ziehen. Kein Urteilsfähiger hat erwartet, daß die Liquidierung des Stalinismus in Sowjetrußland ohne schwere Krisen vor sich gehen konnte. Noch schwieriger ist der Übergang von der strikten Disziplin des bisherigen Systems, mit der obersten Verfügungsgewalt ausschließlich in den Händen der einen Partei, zu liberaleren Formen der Ordnung zu erlangen, ohne die sozialen Errungenschaften zu gefährden. Nicht alle werden die Meinung George F. Kennans teilen, daß im Sowjetsystem versucht werde, Grundirrtümer über die menschliche Natur zu verwirklichen, was auf die Dauer nicht gelingen könne. Aber man wird in der Einschätzung der Gewalt als Mittel der Politik schließlich die Schlußfolgerung aus der gegenwärtigen Lage ziehen, daß auch die geduldigsten Völker auf die Dauer nicht durch Gewalt allein in einer bestimmten Ordnung zusammenzuhalten sind und daß zuverlässig allein der freiwillige Gehorsam, die freiwillig geleistete Kooperation ist. Immerhin wäre es ungerecht, die Größe der bisherigen Anstrengungen zu einer Änderung des Stalinischen Gewaltsystems nicht anzuerkennen und die Schwierigkeiten auf dem weiteren Wege zu diesem Ziele zu unterschätzen. Die öffentliche Meinung Amerikas, die man nicht mit der

in den Hauptorganen ihrer Unterrichtung und der in ihnen vertretenen Ansicht verwechseln darf, wird sich weiteren Versuchen einer Entspannung und Liquidierung des gefährlichen Gegensatzes zwischen USA und UdSSR nicht widersetzen, vorausgesetzt, daß ein Versuch zur Wiederbelebung des stalinistischen Kommunismus unterbleibt. Sie ist der Ansicht, daß der künftige Friede eines starken und in sich gefestigten Rußlands bedarf, nicht aber eines Machtvakuum in diesem wichtigen Gebiet, das sowohl zu Europa als auch zu Asien gehört.

Die weitere Schlußfolgerung, daß eine künftige gemeinsame, universale Kultur auch der Spannung zwischen einer liberalen und einer sozialistischen Gesellschaftsform als eines konstituierenden Elements einer gemeinsamen Ordnung bedarf — weil die Verwirklichung des Sozialismus in bestimmten Grenzen eine unabweisbare Zukunftsaufgabe ist —, wird von der öffentlichen Meinung noch nicht gezogen. Aber es liegt in der Folgerichtigkeit der amerikanischen Gesellschaftsordnung, Freiheit und Frieden innerhalb der eigenen Gesellschaft durch ein System von Gegenkräften und Kontrollen zu sichern, die einander im Gleichgewicht halten. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Ideen auch zum Grundgesetz eines Friedens und einer Ordnung der Nationen in ihren machtpolitischen Beziehungen zueinander wie in solchen der sozialen Regelungen werden. Ein Weltgemeinwesen, in dem es weder privilegierte noch unterprivilegierte Nationen, weder Hegemonien noch Unterworfenen gibt! Es kann nicht ausbleiben, daß in der Folgerichtigkeit der eigenen Ideen mehr erreichbar sein könnte als eine bloße Koexistenz.

Prof. D. Hans Iwand

Umkehr und Einsicht

Als der letzte Versuch, Deutschland von seiner verhängnisvollsten Regierung zu befreien, endgültig mißlungen war, in jenen bedrückenden Tagen nach dem 20. Juli 1944, stand mit unabdingbarer Klarheit vor unseren Augen, was jetzt kommen mußte: die Spaltung Deutschlands und die Rivalität seiner beiden Teile, die jeweils einem anderen Kulturkreise zufallen mußten. Auch daß Deutschland damit symptomatisch werden würde für die Gesamtlage Europas, konnte man ahnen. Wir haben dieses auf uns zukommende Geschehen mit seinen inneren und äußeren Möglichkeiten damals in unvergeßlichen Gesprächen erwogen, im vertrauten Kreise der Freunde, in der peinvollen Lage derer, die sehen müssen, wie das Schicksal den einholt, der seine ureigenste Möglichkeit preisgegeben hat. Jetzt würden wir gezwungen sein, zu gehen, wohin wir nicht wollten. Es gibt solche Momente besonderer Hellsicht, dann deckt ein Blitz, grell und unausweichlich, die Landschaft vor unseren Augen auf, durch die wir in der Nacht der Bewußtlosigkeit, des falschen Scheins und der feigen Träumereien dahintrotten. Dann müssen wir sehen, wo wir sind und worauf zu wir gehen.

So war damals vieles von dem, was hernach kam, vor unseren erschrockenen Blicken aufgedeckt. Aber als es real wurde, schwand im allgemeinen Bewußtsein unseres Volkes die Einsicht in die innere Notwendigkeit dieses Geschehens. Also eben das, was viele unter uns in seiner Notwendigkeit erfaßt hatten, ehe es geschah, entglitt ihnen über dem Schrecklichen des Geschehens. Vielleicht liegt der entscheidende Unterschied darin, daß die einen, deren Gewissen die Geschichte begleitet, sie anders verstehen als die, die sie hernach objektiv zu erklären trachten. Und doch gab es einen Moment, in dem das Bewußtsein fast allgemein war, daß diese Geschichte unsere Geschichte ist, kein Zufall, kein blindes Schicksal und keine Naturkatastrophe, sondern das uns ins Gesicht gezeichnete Geschehen. Damals verstanden viele, daß es Augenblicke gibt, da man zu den Bergen sagen möchte: Fallet über uns! und zu den Hügeln: Decket uns! Es gibt besondere Zeiten in der sonst so oft träge und im Gleichmaß dahinfließenden Welt- und Völkergeschichte, von denen der Dichter mit Recht sagt, daß sie richtbar sind. Dann weiß jedermann, daß ihn sein Tun oder auch das, was er schuldhaft nicht getan hat, einholt. Gerade das, wovor er auf der Flucht ist, kommt ihm entgegen auf jener schmalen Brücke des Heute, auf der es kein Ausweichen gibt. Damals suchten viele dieses Ausweichen durch den Sprung in